

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir schon bei der Inklusion, beim gemeinsamen Lernen sind, komme ich jetzt noch einmal zur Neuausrichtung der Inklusion, aber auch zum gemeinsamen Lernen. Wir haben im Rahmen des gemeinsamen Lernens an den Grundschulen bereits 300 Planstellen und Tarifstellen eingerichtet. Damit stehen unseren Grundschulen mehr als 3.800 zusätzliche Stellen für den Bereich der Inklusion zur Verfügung.

Für die Sekundarstufe haben wir bis zum vergangenen Jahr, bis zum vergangenen Haushalt, bereits mehr als 2.720 Stellen für die Schulen des gemeinsamen Lernens bereitgestellt. Mit dem Haushalt 2021 kommen dann weitere 753 Stellen hinzu. Damit stehen ab dem Schuljahr 2021/2022 in der Sekundarstufe I für die Inklusion 7.500 Stellen bereit.

Ein weiteres Beispiel – auch das dürfte Ihnen bekannt sein – ist der Masterplan Grundschule. Zur Stärkung und zur Unterstützung unserer Grundschulen stellen wir allein im Jahr 2021 über 1.600 Stellen bereit. Zudem ist vielleicht wichtig zu erwähnen: Auch kleine Grundschulen erhalten nun endlich Konrektorstellen – eine Maßnahme, die Rot-Grün bei ihrem Regierungshandeln schlicht und ergreifend vergessen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Umstellung auf G9 führt ebenfalls zu einem Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen. Bereits jetzt haben wir den erhöhten Personalbedarf im Schuljahr 2026/2027 im Blick. Aber wir haben ihn nicht nur im Blick, sondern wir handeln schon heute. Darum haben wir zeitlich befristet zusätzliche Vorgriffsstellen bereitgestellt. Für den nächsten Haushaltsplan sind es 1.450 Stellen, und bis zum Schuljahr 2025/2026 werden insgesamt 3.000 weitere Vorgriffsstellen besetzt werden können. Sie sehen, für uns hat die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler spürbare, greifbare Priorität.

Zum Schluss: Die Schulsozialarbeit – sie wurde schon angesprochen – ist mit 48 Millionen Euro abgesichert. Für den offenen Ganztags sind mehr als 600 Millionen Euro vorgesehen. Somit konnten 47.000 zusätzliche Ganztagsplätze seit 2017 eingerichtet werden. Auch die Regelförderung für die Plätze ohne erhöhten Förderbedarf haben wir seither um 28 % erhöht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann noch ein kleiner Sprung zu den Kommunen: Bei den Kommunen nehmen wir natürlich sofort die Schulen in den Blick. Wir haben einen schulscharfen Sozialindex entwickeln lassen, eine Maßnahme, die sich Rot-Grün zwar sieben Jahre lang vorgenommen hatte, aber zu deren Ausführung es am Ende des Tages nicht gekommen ist. Auch ohne den schulscharfen Sozialindex werden bereits jetzt insgesamt 4.410

Mehrbedarfsstellen unter Berücksichtigung des Kreissozialindex zugewiesen. Eine Vergleichszahl: Unter Rot-Grün waren es für diese Zwecke lediglich 1.346 Stellen.

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen noch viel erzählen, was der Haushaltsplanentwurf 2021 alles an Maßnahmen birgt, die die Landesregierung auf den Weg bringen bzw. weiter unterstützen wird.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja, bitte!)

Mit diesem Haushaltsplan festigen wir auch in schwierigen Zeiten den Grundstein, um den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen in der Aussprache zu Einzelplan 05.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05; das ist der Einzelplan des Ministeriums für Schule und Bildung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/11905, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 05 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Wir kommen zu:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/11907 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der AfD in den Drucksachen 17/11951 bis 17/11953.

Wir debattieren den Einzelplan 07 in zwei Teilbereichen, dem Teilbereich a, Familie, Kinder und Jugend, und dem Teilbereich b, Flüchtlinge und Integration.

Ich rufe auf:

a) Familie, Kinder und Jugend

Für die SPD-Fraktion hat Herr Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit dem beginnen, was mich wirklich freut: der Aufwuchs im Kinder- und Jugendförderplan des Landes. Damit setzt die Regierung einen Weg fort, den die Vorgängerregierung eingeschlagen hat. Unter SPD und Grünen wurden die Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit um mehr als 35 % erhöht. In Ihrer Regierungszeit haben Sie dann mit diesem Haushaltsplanentwurf Erhöhungen um etwa 18 % vorgenommen.

Diese Wertschätzung, wie sie unseren Jugendverbänden parteiübergreifend in diesem Haus – mit einer Ausnahme – zuteil wird, ist ein wichtiges Signal. Denn das war nicht immer so. Wenn ich an die 2000er-Jahre zurückdenke, kann ich sagen, dass seinerzeit alle Parteien bei der Jugend auch schon einmal den Rotstift angesetzt haben. Darum ist es ein gemeinsamer Erfolg der Kinder- und Jugendpolitiker, dass seit dem Jahr 2010 der Schalter umgelegt wurde und wir nicht über Kürzungen, sondern über Erhöhungen diskutieren.

Ich will ein Zweites sagen, das mich freut. Der Ansatz von „Kein Kind zurücklassen“ wird weitergeführt. Was haben wir nicht zu Regierungszeiten von Hannelore Kraft intensiv dafür werben müssen, in Vor-sorge zu investieren und Kinder früh zu fördern! Und was sind wir nicht dafür beschimpft worden! Heute sieht das auch die damalige Opposition so.

Am Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ nahmen damals 40 Kommunen teil, und wir haben mehr als 10 Millionen Euro investiert. Schwarz-Gelb ist nun bereit, 14,3 Millionen für kommunale Präventionsketten im gesamten Land zur Verfügung zu stellen. Natürlich könnten wir jetzt darüber diskutieren, dass das im Vergleich eher bescheiden wirkt. Aber das will ich gar nicht. Ich will loben, dass wir auch hier eine gemeinsame Basis gefunden haben.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD] und André Stinka [SPD])

Ich wünschte, ich könnte das auch bei den großen Posten in diesem Haushaltsplanentwurf sagen. Ein großer Wurf ist bei der KiBiz-Revision nicht gelungen. Es handelt sich um eine Fortschreibung des Bestehenden. Das liegt daran, dass der Landesanteil an dieser Reform unterambitioniert ist. Das verraten auch die vorliegenden Haushaltszahlen. Natürlich verweisen Sie gern auf Steigerungen im KiBiz-Deckungskreis. Gleichzeitig aber fallen mehr als 210 Millionen Euro Übergangsfinanzierung weg. Man könnte sagen: „linke Tasche, rechte Tasche“ oder – freundlicher ausgedrückt –: Es ist ziemlich viel Status quo bei den Landesausgaben für die Kitas.

Verbesserungen ergeben sich vor allem durch die Durchleitung von Bundesmitteln aus dem Gute-KiTa-Gesetz. Überhaupt profitieren Sie, Herr Minister Stamp, von einem großen Zufluss an Bundesmitteln.

Mehr als 1,5 Milliarden Euro fließen in dieser Legislaturperiode über Programme und Zuschüsse des Bundes in das Familienressort. Das ist gut angelegtes Geld, wenn es dort ankommt, wo es ankommen soll.

In der Coronakrise hat der Bund erneut Mittel für die Kitas zur Verfügung gestellt, mehr als 108 Millionen Euro in 2020 und 2021 für NRW. Wir hoffen nicht, dass dieses Geld die Anstrengungen des Landes für den Kita-Ausbau ersetzt und zur Erfüllung der globalen Minderausgabe herangezogen wird. Mit fast 82 Millionen Euro ist die nämlich wieder so groß wie in keinem anderen Ressort.

Ich will Ihnen sagen, wo dieses Geld deutlich besser angelegt wäre: zum Beispiel in einem eigenständigen Förderprogramm zur Anschaffung von mobilen Luftfiltern für unsere Kitas. Das Bundesgeld ist nämlich ausdrücklich auch für die Ausstattung der Einrichtungen vorgesehen. Doch anders als bei den Schulen soll es für Kitas nichts geben.

Das Familienministerin hat sich für eine kostengünstigere Variante entschieden. Per E-Mail haben Sie den Einrichtungen ein Tutorial „Richtiges Stoßlüften“ zugeschickt. Donnerwetter!

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Kitas müssen nun um Spenden werben, wenn sie ebenfalls Luftfilter wollen. Das ist auch in meinem Wahlkreis der Fall. Der Lions Club hat sich gemeldet – das finde ich super. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass wir die Sicherheit in unseren gut 10.000 Kitas davon abhängig machen wollen, wie solvent die Lions vor Ort sind.

Mobile Luftfilter können ein kleiner Beitrag sein, Ihr vollmundiges Versprechen einer Bildungs- und Betreuungsgarantie mit Leben zu füllen. Ohne zusätzliche Anstrengungen des Landes ist dieses Versprechen nicht mehr wert als ein ungedeckter Scheck.

Sie haben aber nicht den Mut, die Verantwortung zu tragen und einen landesweiten Rahmen für mehr Sicherheit aufzuzeigen, beispielsweise indem das Land regelt, dass die Kitas ab bestimmten Inzidenzwerten zu festen Gruppenstrukturen zurückkehren, damit im Fall der Fälle eben nicht eine ganze Einrichtung in Quarantäne geschickt werden muss. Aber diese Entscheidung wollen Sie nicht treffen. Jedes einzelne Jugendamt, jede einzelne Kita soll individuell entscheiden. So schafft man nicht mehr Klarheit, sondern nur mehr Verunsicherung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Auf der Vorderseite Ihres ungedeckten Schecks halten Sie den Familien eine Bildungs- und Betreuungsgarantie vor Augen. Sie verschweigen aber, was auf der Rückseite steht: Erzieherinnen und Erzieher, die ihre Arbeit ohne Abstand und ohne Masken vollziehen. Seit den Herbstferien wissen wir, dass die Infek-

tionszahlen exorbitant steigen. Seit den Herbstferien gewähren Sie Erzieherinnen und Erzieher und Tagespflegepersonen weniger Coronatests. Hier wurde eindeutig an der falschen Stelle gespart.

Auf der Rückseite stehen etwa 1.000 Einrichtungen, die in diesem Monat bereits von coronabedingten Schließungen betroffen sind. Dort stehen auch Zehntausende Kinder, deren Leben derzeit eben nicht aus Bildung und Betreuung, sondern aus Coronaquarantäne besteht – vielleicht in der Zweizimmerwohnung, von der der Ministerpräsident heute sprach.

Jedes Kind, das zusätzlich in der Coronaquarantäne landet, weil sich das Land scheut, Vorgaben für mehr Sicherheit zu machen, ist eine Tragödie. Dass Eltern für diese Tragödie auch noch Kitagebühren zahlen sollen, ist nicht mehr als ein schlechter Scherz.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass Sie hier auch noch versuchen, den Schwarzen Peter an die Kommunen weiterzureichen, unterstreicht einmal mehr: Garantien sprechen Sie vollmundig aus; Verantwortung übernehmen, wollen Sie hingegen nicht.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorigen Jahr habe ich an dieser Stelle gestanden und gesagt: Familien geben Halt. Familien machen Mut. – Ich füge heute hinzu: Das stimmt ganz besonders in diesen schwierigen, herausfordernden und turbulenten Zeiten.

Familien sind über sich hinausgewachsen. Unsere Kinder und Jugendlichen sind über sich hinausgewachsen. Diejenigen Menschen, die in unterschiedlichen Bereichen in ganz Nordrhein-Westfalen unseren Kindern und Jugendlichen sowie unseren Familien in ihrer täglichen Arbeit viel Zeit widmen, sind ebenfalls über sich hinausgewachsen. Ihnen allen gilt meine Anerkennung und mein herzlicher Dank.

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat die Menschen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Monaten nach besten Kräften unterstützt. Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Bereich Familie, Kinder, Jugend knüpft daran an und baut darauf auf.

Die folgenden Punkte möchte ich gerne näher erläutern:

Erstens. Das neue Kinderbildungsgesetz ist zum 1. August dieses Jahres in Kraft getreten. Bund, Land und Kommunen investieren jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in das System der Kindertagesbetreuung in

Nordrhein-Westfalen. Konkret bedeutet das unter anderem mehr Geld für Mitarbeiter, mehr Geld für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Geld für Fachberatungen, mehr Geld für Sprachförderungen, mehr Geld für bedarfsgerechte Flexibilität und Mittel für eine Kitaplatzausbaugarantie. Selbstverständlich fördern wir auch den weiteren Ausbau der Familienzentren. Wir stellen 2021 erneut Mittel für 150 weitere Familienzentren bereit.

Hinter diesen Positionen stehen riesige Zahlen und viel Geld. Das kommt jedem einzelnen Kind zugute: für mehr frühkindliche Bildung, für bessere Betreuung und für einen besseren Start ins Leben. Wir lassen kein Kind zurück.

Auch wenn wir mit der besseren finanziellen Ausstattung des KiBiZ strukturell die Voraussetzungen für eine bessere frühkindliche Bildung schaffen, das Engagement und die Zuwendung der Erzieherinnen und Erzieher und der Tagespflegepersonen kann man auch für viel Geld nicht kaufen. Das, lieber Kollege Dr. Maelzer, sind genau die Menschen, die mit viel Intelligenz passgenaue Lösungen auch für ihre Kitas, für ihre Gruppen finden. Deswegen haben in diesen schwierigen Zeiten gerade diese Mitarbeitenden einen ganz besonderen Dank für die wichtige Arbeit mit unseren Kindern verdient.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zweitens. Der Ansatz für den Kinder- und Jugendförderplan wächst in 2021 aufgrund der Dynamisierung wiederum um rund 3,5 Millionen Euro auf rund 128,8 Millionen Euro. Lieber Herr Dr. Maelzer, ich kann mich gut an den Kampf erinnern und dass Sie ein paar Millionen mehr hineingepackt haben. Aber dass Sie diesen Erfolg der jährlichen Steigerung nun für sich beanspruchen wollen, geht wirklich zu weit. Das Stichwort „Dynamisierung“ war für Sie ein Fremdwort. Das hilft den Jugendlichen und Kindern wirklich, weil es nämlich Planungssicherheit für die nächsten Jahre gibt. Das ist ein ganz, ganz wesentlicher Erfolg der NRW-Koalition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet jungen Menschen gerade in Coronazeiten Halt und Orientierung. Die Pandemie hat die Verbände gezwungen, ihre Arbeit zum Teil neu auszurichten. Viele Einrichtungen haben beispielsweise digitale Angebote geschaffen, die von den Jugendlichen gut angenommen werden. Mit diesem Haushalt erhalten wir die Strukturen und schaffen Planungssicherheit für die wichtige Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen.

Drittens. Die NRW-Koalition unterstützt Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen nicht nur ideell, sondern auch mit den nötigen Mitteln. Dazu gehört unter anderem, dass wir 2021 für die „Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit“ weiterhin 160.000 Euro bereitstellen.

Viertens. Wir setzen uns – Sie haben es schon gesagt – mit dem Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe, unabhängig von der sozialen Herkunft, ein. Der NRW-Koalition ist es ein echtes Herzensanliegen, gerade benachteiligte Kinder stark zu machen. Wir erfüllen ein Versprechen, das die Vorgängerregierung einst gegeben hat: Wir lassen kein Kind zurück. – Auch 2021 werden wir dafür im Haushalt rund 15 Millionen Euro ansetzen.

Dem so wichtigen Thema „Kinderschutz“ messen wir in Nordrhein-Westfalen ganz besondere Bedeutung bei. Wie Sie wissen, hat der Landtag die Kinderschutzkommission eingesetzt. Danke, liebe Christina Schulze Föcking, dass du als unsere Sprecherin gleich gesondert und im Detail auf dieses besonders wichtige und emotional berührende Handlungsfeld eingehst.

Ich fasse zusammen:

Erstens. Wir stärken mit dem Kinderbildungsgesetz die frühkindliche Bildung durch eine strukturell auskömmliche Finanzierung. Wir sorgen mit mehr Familienzentren für eine bessere Unterstützung junger Familien.

Zweitens. CDU und FDP investieren in die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Damit bieten wir Kindern und Jugendlichen klare Perspektiven, auch in unsicheren Zeiten.

Drittens. Wir führen unsere Politik der Wertschätzung und des Schutzes im LSBTI-Bereich fort.

Viertens. Die NRW-Koalition bietet Kindern, Jugendlichen und Eltern mit dem Programm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ passgenaue Angebote in allen Lebenslagen.

Für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit möchte ich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich unserem Koalitionspartner und unserem Familienminister Dr. Joachim Stamp danken, der das bitte auch Staatssekretär Andreas Bothe und dem ganzen Haus ausrichten möge.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch dieser Haushaltsentwurf Ausdruck einer von Anfang an offensiven Familienförderung, und auch in diesem Jahr gilt: Auf CDU und FDP ist Verlass. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kamieth, Sie haben gerade Ihre Haushaltsrede aus dem vergan-

genen Jahr zitiert und gesagt, dass Familien Halt gäben und Mut machten. – Ich will das aufgreifen, denn in dieser besonderen Zeit liegt es andersherum auch in der Verantwortung der Politik, Familien Halt zu geben und ihnen Mut zu machen.

Im Frühjahr dieses Jahres mussten wir leider erleben, dass es allzu lange und allzu oft hieß: Familien und Kinder zuletzt. – Glücklicherweise hat sich das mittlerweile geändert: Familien und Kinder stehen in der Krisenbewältigung endlich nicht mehr abseits, sondern im Fokus. Wir ringen hier um die richtigen Wege, aber ich meine, das ist einem Parlament auch angemessen, dass man darum ringt, was denn die besten Wege sein können, um Kinder und Familien in dieser sehr herausfordernden Zeit zu unterstützen.

Dieser Haushalt ist ein besonderer Haushalt unter besonderen Vorzeichen in einer sehr herausfordernden Zeit, und auch ich will mit etwas beginnen, was sehr positiv ist: Die Landesregierung hat sehr schnell deutlich gemacht, dass die Infrastruktur mit den Mitteln des Rettungsschirms gesichert ist. Hier wurden sehr schnell Zusagen gemacht. Das war ein wichtiges Signal an die Träger, aber auch an die Kinder und Jugendlichen, dass ihre Strukturen, die ja so wichtig sind und die essenzieller Bestandteil unseres sozialen und unseres gesellschaftlichen Lebens sind, und diese soziale und öffentliche Infrastruktur in der Akutkrise gesichert sind.

Aber wir müssen auch die Lehre aus dieser Krisensituation ziehen, dass wir unsere Strukturen gerade in der sozialen und in der öffentlichen Infrastruktur krisenfester ausgestalten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch das Programm der Kita-Helferinnen und -Helfer ist eines, das von den Trägern durchaus sehr positiv aufgenommen wird. Wir kritisieren daran ein Stück weit die Tatsache, dass das nicht im normalen Haushalt etatisiert ist, sondern es ist auch weiterhin aus Rettungsschirmmitteln finanziert. In diesem Fall muss man tatsächlich sagen: Das ist eine gewisse Art von Schattenhaushaltswirtschaft. Denn natürlich wäre es jetzt möglich gewesen, diese Mittel auch ins normale Haushaltsverfahren zu geben. Aber wir werden das natürlich hier trotzdem diskutieren.

Darauf aufsetzend kann man sagen: Dass diese Alltagshelferinnen und Alltagshelfer so gut angenommen worden sind, dass sie so wichtig sind und dass sich jetzt sehr deutlich zeigt, dass es nicht nur in der Krisensituation, sondern auch im ganz alltäglichen Geschäft jeder Kita wichtig ist, dass das pädagogische Fachpersonal entlastet wird, macht umso deutlicher, dass wir endlich auch verstetigte Mittel im Bereich von Entlastungskräften brauchen. Wir brauchen endlich einen dauerhaften und strukturellen Finanzierungsansatz für Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte für unsere Kitas.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf das reformierte KiBiz wurde ja auch schon eingegangen. Ja, es ist jetzt mehr Geld im System. Sie werden ja auch nicht müde, sich aufgrund dieser Tatsache selbst auf die Schulter zu klopfen.

Aber eines steht doch auch fest: Das Mehr-Geld-im-System hat die drängende Frage nach einem so dringend notwendigen Systemwechsel doch auch nicht beantwortet. Es bleibt doch dabei, dass Sie oben mehr Geld reingeben in der vagen Hoffnung, dass unten mehr Qualität rauskommt.

Das kann man auch tatsächlich an bestimmten Posten sehr deutlich machen, dass diese Hoffnung eben vage ist. Das zeigt sich bei den Sachkosten. Die Träger haben darauf hingewiesen, dass es eine eminente Sachkostenlücke gibt. Sie haben einfach diese Sachkostenlücke für nicht existent erklärt, und damit war zunächst erst einmal für Sie das Problem erledigt.

Wir müssen genau hinschauen, ob und in welcher Höhe es diese Sachkostenlücke gibt, und dann muss im KiBiz auch nachjustiert werden. Denn sonst gehen die fehlenden Sachkostenmittel wieder zulasten der Qualität, denn das muss dann beim Personalhaushalt abgezwickelt werden.

Ein weiteres Problem, das bei der KiBiz-Reform auch nicht angegangen wurde, weil es systematisch durch diese Reform gar nicht angegangen werden konnte, ist die Frage der Trägeranteile. Diese dauerhafte Schieflage im System ist nach wie vor nicht behoben, und auch diese dauerhafte Schieflage muss angegangen werden. Denn sie führt in der Konsequenz zu einer zusätzlichen Belastung der Kommunen, und das ist insbesondere in dieser Zeit so nicht weiter tragbar.

Die Kinderarmut ist auch angesprochen worden. Auch ich möchte es durchaus als positiv unterstreichen, dass mit dem Programm „kinderstark“ – aufsetzend auf KeKiz, also „Kein Kind zurücklassen!“ – die Frage der Kinderarmut durch diese Landesregierung weiter angegangen worden ist.

Die Bekämpfung von Kinderarmut muss uns doch allen ein absolutes Kernanliegen sein. Deswegen reicht es auch nicht aus, dass wir hier immer weiter über Projektmittel ansetzen. Es muss zu einem strukturellen Politikansatz kommen, und wir müssen diesen Kampf gegen Kinderarmut ganz nach vorne stellen.

Ich will aber ergänzen: Wir reden immer so sehr von Kinderarmut – das ist auch sehr, sehr wichtig, denn Armut in der Kindheit bestimmt maßgeblich Zukunftschancen bzw. vereitelt auch Zukunftschancen –, aber wir müssen auch über Jugendarmut reden, die insbesondere in dieser Krisenzeit noch sehr viel deutlicher zutage tritt. Ein Viertel aller Armutsgefährdeten in Deutschland ist unter 25 Jahre.

Die Armutsgefährdungsquote in Nordrhein-Westfalen liegt bei 18,1 %. Damit liegen wir an vierter Stelle, und zwar von oben. Das heißt, unsere Armutsgefährdungsquote für junge Menschen ist am vierthöchsten in ganz Deutschland.

Gerade zwischen 15 und 27 stellen sich aber ganz zentrale Herausforderungen für diese jungen Menschen beim Erwachsenwerden. Umso wichtiger wäre es – um das noch einmal aufzugreifen, was Herr Kamieth gesagt hat –, dass Politik hier Halt gibt, Mut macht und Zukunftschancen für junge Menschen ermöglicht.

Denn gerade die Coronakrise verstärkt soziale Ungleichheiten, und sie trifft junge Menschen besonders. Natürlich kann man sagen, dass eine nicht ganz so stattgefundene Abiturfeier vielleicht verschmerzbar ist. Aber das merken junge Menschen, glaube ich, erst später. Jetzt ist es für sie sehr schlimm, dass all diese Lebensereignisse gerade so nicht begangen werden können und dass sie derzeit keine Auslandsaufenthalte machen können.

Aber noch viel schlimmer ist es, dass sie einen sehr engen Blick darauf haben müssen, was eigentlich mit jungen Menschen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist. Das ist zwar keine originäre Frage unseres Ausschusses, aber als Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker sollte uns das mindestens auch interessieren.

Auch die Frage der Jugendbeteiligung muss sich nach dieser Coronakrise sehr viel eindringlicher stellen. Denn – ich habe es vorhin gesagt – es hieß ja nicht nur „Familien und Kinder zuletzt“, sondern Jugendliche kamen eigentlich überhaupt nicht vor.

Höchstens wurden sie mal als Treiber der Pandemie thematisiert, und das wird ihnen sowas von nicht gerecht. Denn die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen haben sich oft solidarisch verhalten, und sie haben immer versucht, auf alles zu achten. Nur gehört hat man auf ihre Bedürfnisse in dieser Krise meistens leider nicht.

Ich will an dieser Stelle auch noch mal zu einem Punkt kommen, der uns ja alle eint. Das ist die Stärkung des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Ja, wir haben mit der Kinderschutzkommission ein Gremium geschaffen, das strukturiert zur Weiterentwicklung und zur Stärkung des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen beitragen soll. Ich glaube, wir sind uns alle sehr einig, dass das eine große Herausforderung ist, vor der wir da stehen, dass wir dieser Herausforderung aber auch gerecht werden müssen.

Das bedeutet aber auch, dass wir uns nicht nur in der Kinderschutzkommission, sondern auch im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend intensiv darüber unterhalten müssen, was das in der Konsequenz heißt. Wenn Kinderschutz gestärkt werden soll, wenn wir Kooperationen stärken wollen, wenn

wir Netzwerke stärken wollen, wenn wir mehr Verbindlichkeit in diese Kooperationen bringen wollen, dann bedeutet das auch, dass wir mehr Ressourcen für den Kinderschutz in diesem Land zur Verfügung stellen müssen und dass wir auch beispielsweise durch ein Landespräventionsgesetz hier eine stärkere, zuverlässigere gesetzliche Grundlage schaffen müssen, sehr geehrte Damen und Herren.

Als Abschluss möchte ich noch sagen: Ja, in vielerlei Hinsicht ist diese Situation eine, die uns alle herausfordert. Wir stehen alle zum ersten Mal vor einer solchen Situation und der Herausforderung dieser Pandemie, und wir streiten alle natürlich um den richtigen Weg, in welche Richtung es eben gehen muss.

Aber, Herr Minister, auch da bleibt mir nicht erspart, noch einmal zu sagen: Ich erwarte von Ihnen im Krisenmanagement ein bisschen mehr, als dass Sie sich darauf zurückziehen, dass Sie als Erster eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Deutschland gefordert haben.

Ja, wir sind ganz bei Ihnen, und wir sind ganz an Ihrer Seite, wenn es darum geht, dass die Bildung und Betreuung in diesem Land für unsere Kinder garantiert werden und wir unsere gesamte Anstrengung darauf fokussieren müssen.

Aber das bedeutet eben auch, verantwortlich zu handeln, vorausschauend zu handeln und die Strukturen so zu stärken und auszubauen, dass wir dem eben auch gerecht werden können, und sich vor allem auch immer einen Plan B zu machen. Sie handeln unverantwortlich, wenn Sie nur eine Garantie aussprechen, aber keinen Plan B in der Tasche haben.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns diesen Plan B gemeinsam mit der Schulministerin präsentieren. Denn es geht hier nicht nur um die Kitas. Bei einer Bildungs- und Betreuungsgarantie geht es um alle jungen Menschen in unserem Land. Wir erwarten, dass es hier endlich auch einen adäquaten Plan B gibt, damit Politik eben Kindern und Jugendlichen Halt gibt und ihnen Mut macht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke* (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 2020 neigt sich dem Ende entgegen, und vor einem Jahr haben wir hier über den Haushalt in üblicher Weise diskutiert. Mir kommt das mittlerweile meilenweit entfernt vor. Das Jahr 2020 hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt. Die Coronakrise erfordert von der Politik schnelles und entschlossenes Handeln auch in finanzieller Hinsicht.

Das geht nicht spurlos am Haushalt vorbei, ganz im Gegenteil.

Aber wir tun auch immer gut daran, uns vor Augen zu führen, dass wir das Geld der Bürgerinnen und Bürger umverteilen, auch und gerade in der Krise. Das ist an vielen Stellen richtig und wichtig, aber es darf nicht zulasten der vielen Aufgaben gehen, die sich CDU und FDP vorgenommen haben, um Nordrhein-Westfalen besser zu machen.

Es freut mich umso mehr, dass wir im Bereich Kinder, Familie und Jugend auf Kurs sind. Wir investieren in diesem so zentralen Bereich für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen rund 1,7 Milliarden Euro mehr als noch im Jahre 2017. Im zentralen Bereich des Einzelplans der Kinder- und Jugendhilfe sind es im Haushaltsjahr 2020/2021 insgesamt mehr als 5 Milliarden Euro, damit rund 400 Millionen Euro mehr als in diesem Haushaltsjahr.

Die NRW-Koalition hält damit auch in der Krise Kurs und nimmt an den richtigen Stellen richtig viel Geld in die Hand, damit Familien, Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen Türen geöffnet werden.

Die KiBiz-Reform kommt ab nächstem Jahr vollständig zum Tragen, nämlich mit einer Dynamisierung der KiBiz-Pauschalen, Erhöhung und Dynamisierung im Bereich KitaPlus und Sprachförderung, zusätzliche Mittel für die Fachberatung, für die praxisintegrierte Ausbildung, für die Tagespflege.

Ein weiteres beitragsfreies Jahr greift zum ersten Mal komplett. Wir flexibilisieren die Öffnungszeiten wenn gewünscht nach entsprechendem Bedarf, insbesondere bei Alleinerziehenden oder Eltern im Schichtdienst. Und wir erhöhen die so wichtigen Mittel für die Familienzentren um weitere 13 Millionen Euro auf nun 63 Millionen Euro.

Insgesamt geben wir 437 Millionen Euro, lieber Kollege Dr. Maelzer, zusätzlich für die Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung und zur Finanzierung der Kinderbetreuungsplätze bei gleichzeitigem Wegfall der Übergangsfinanzierung in Höhe von 210 Millionen aus. Und als i-Tüpfelchen obendrauf geben wir noch eine Platzausbaugarantie für neue Kindergärtenplätze.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Da darf man auch klatschen. Das ist nämlich eine ganz große Anstrengung.

(Beifall von der FDP und Björn Franken [CDU])

Wir sind hier auf dem richtigen Weg. Ich freue mich, dass der Stillstand, den wir unter Rot-Grün vorgefunden haben, endlich beendet werden konnte – und das im Einklang mit den Trägern, mit den Verbänden und natürlich an der Spitze die Regierung. Minister Stamp wurde eben schon gedankt. Das möchte ich

an dieser Stelle noch mal machen. Dafür braucht man nämlich viel Durchhaltevermögen und Verhandlungsgeschick, damit sich das alles so realisiert.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Aktuell befinden wir uns in der größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich bin froh, dass wir hier einen sehr engagierten und handlungsfähigen Minister haben, der sich dafür eingesetzt hat, dass die Kitas nach dem ersten Lockdown nicht nur wieder geöffnet wurden, sondern auch geöffnet bleiben. Ich finde, diese Bildungsgarantie ist eine ganz wichtige Botschaft an die Menschen in diesem Land, an die Eltern, aber insbesondere an die Kinder, weil es hier um den Bildungserfolg und die Chancen der einzelnen Kinder geht. Deswegen ist diese Botschaft so zentral wichtig.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, damit das funktioniert, haben wir natürlich zusätzlich Geld in die Hand genommen. Das Kita-Helferprogramm, im nächsten Jahr bis zum Ende des Kita-Jahres verlängert, in Höhe von 147 Millionen Euro ist dort ein entscheidender Baustein.

Ich will das auch noch einmal sagen, weil Kollege Dr. Maelzer den Eindruck erweckt hat, wir würden hier gar nichts machen: Das gesamte Hygienekonzept, das in den Kitas bundesweit angewandt wird, ist in Nordrhein-Westfalen unter der Leitung von Joachim Stamp entwickelt worden. Es gibt einen regelmäßigen, fast wöchentlichen Austausch mit den Trägerinnen und Trägern, mit den Kita-Leitungen und Erziehern, um individuell nachzusteuern und vorzugehen. In der Ausschusssitzung letzte Woche wurde berichtet, dass eine neue Lieferung von zwei Millionen Masken in die Kitas erfolgt.

Der letzte, vielleicht entscheidendste Punkt – das ist etwas, was vielleicht der Sozialdemokratie fern, aber doch in der Natur der Sache liegt – ist, den Menschen zu vertrauen, die dort die Verantwortung haben, nämlich den Kita-Leitungen. Die machen einen extrem guten Job. Sie organisieren das im Zweifelsfall so, dass das vor Ort alles funktioniert. Deswegen sind die Infektionszahlen dort auch nicht so dramatisch angestiegen. Der überwiegende Anteil der Kitas funktioniert extrem gut und problemlos.

Ich könnte jetzt noch viel zum Thema „Kinderschutz“ sagen. Das wird gleich mein Kollege Jörn Freynick machen. Von daher will ich mich darauf beschränken, dass es eine ganz wichtige Botschaft ist, die wir aus dieser Debatte an die Menschen senden müssen, dass es gerade in einem Lockdown und in dieser schwierigen Phase, in der wir uns befinden, wichtig ist, dass wir verlässliche und passgenaue Leitplanken gerade in der frühkindlichen Bildung haben.

Wir sehen, dass nicht nur Betreuung enorm entscheidend ist, sondern auch die Bildungschancen für die

Kinder. Und dabei gehören Prävention und Betreuung eben zusammen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich glaube, damit haben wir einen guten Haushaltsplan für den Bereich Kinder und Familie auf den Weg gebracht.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor uns liegt der Haushalt 2021, der Haushalt eines gendergerechten, modernen Familienministeriums, das dem Zeitgeist Rechnung trägt. Ob er den Belangen von Familien und Kindern Rechnung trägt, daran haben wir unsere Zweifel.

Das, worum in den letzten Jahren hier am ausgiebigsten gerungen wurde, die Reform des Kinderbildungsgesetzes, ist beschlossen und in trockenen Tüchern. Und wie steht es jetzt im Jahre 2020 um die frühkindliche Bildung und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Kinder haben vermutlich schon lange nicht mehr so große Einschnitte und Nachteile in ihrer Entwicklung und Entfaltung hinnehmen müssen wie in diesem Jahr: erst der Lockdown im Frühjahr, der Eltern und Kinder von heute auf morgen in das kalte Wasser geworfen hatte. Betreuung der Kleinsten, Homeoffice und Heimbeschulung unter einen Hut zu bringen, hat viele Familien an den Rand der Belastbarkeit gebracht.

Dass die Belastung nur temporär zumutbar ist, das wurde auch Ihnen, Herr Minister, sehr schnell klar. Kinderärzte, Kindertherapeuten, erschöpfte Eltern haben nach einigen Wochen unmissverständlich erklärt: Diese Maßnahme ist verantwortungslos und für Familien und Kinder auf Dauer schädlich. Von daher wollten Sie es jetzt besser machen.

Es würde keine flächendeckende Schließung von Schulen und Kitas mehr geben. Herr Minister Stamp gibt zwar nicht sein Ehrenwort, aber immerhin eine Bildungsgarantie. Das klingt hervorragend. Aber wie sieht denn die Realität aus? Waren im Monat September gerade mal 254 Kitas von Schließungen betroffen, wurden es im Monat Oktober schon 788 und im November, bis zum 11.11., 759 Einrichtungen. Da die Gesundheitsämter vor Ort die Maßnahmen umsetzen, gibt es keine einheitliche Praxis.

Wenn eine Kita von heute auf morgen zum Teil oder gänzlich geschlossen wird, stehen die Eltern wieder von jetzt auf gleich vor dem Problem, auf der Arbeit auszufallen. Häufig wird von den Gesundheitsämtern

gar nicht auf Corona getestet, sondern eine freiwillige Selbstquarantäne empfohlen. Man will auf Nummer sicher gehen.

Immer häufiger hört man von Eltern, dass sie Probleme mit ihren Arbeitgebern bekommen. Die Urlaubstage sind meist schon durch die lange Zeit ohne Kinderbetreuung im Frühjahr und Sommer erschöpft. Eine Krankmeldung zur Betreuung des Kindes ohne nachgewiesene Infektion des Kindes gibt es nicht. Hierbei geht es den Eltern und Arbeitgebern eben nicht nur um den Verdienstausschlag. Kein Betrieb kann es sich auf Dauer leisten, dass seine Mitarbeiter immer wieder ausfallen – und das über Monate.

Gerade jetzt, wo die privaten Kontakte durch die Vorgaben der Regierung auf ein Minimum zu reduzieren sind und das Wetter ausgiebiges Spielen auf dem Spielplatz erschwert, ist es für Kinder elementar wichtig, dass die Freunde und Spielkameraden zumindest in der Kita oder Schule regelmäßig gesehen werden können.

Bildung setzt auch Kontinuität voraus. Wenn das Dammoklesschwert der Kitaschließung permanent über den Einrichtungen baumelt, kann man von einer Bildungsgarantie wahrlich nicht reden. Es ist ein Glücksfall, ob man in den Genuss dieser Garantie kommt oder eben von einer akuten Schließung der Kita betroffen ist.

Darüber hinaus endet frühkindliche Bildung nicht mit der Anwesenheit in der Kita. Gemeinsames Singen ist verboten, Kindergottesdienste finden nicht statt, Kommunikationsunterricht kann ebenfalls nicht stattfinden, Schwimmkurse können wieder nicht durchgeführt werden, Sport- und Turnvereine ruhen ebenfalls.

Die Bildungsangebote für Familien und Kinder der Familienbildungsstätten, Volkshochschulen und auch der Familienzentren, auf die Sie hier von der Landesregierung so stolz sind, haben in diesem Jahr kaum genutzt werden können. Die Arbeit in den sozialpädagogischen Zentren lag monatelang brach. Auch hier fallen Kinder mit Förderbedarf durch das Raster.

Die Schuleingangsuntersuchungen, die wichtige Wegmarken in der Bildungsbiografie von Kindern sind, weil auch hier festgestellt werden kann, ob ein Kind gefördert werden muss oder nicht, entfallen ebenfalls größtenteils. Nein, Herr Minister Stamp, eine Bildungsgarantie umfasst sehr viel mehr als das Versprechen an die Eltern, dass ihre Kinder betreut werden, damit sie arbeiten gehen können.

Wenn wir das Jahr 2020 betrachten, brauchen wir ein Versprechen, dass unsere Kinder und Jugendlichen sich gesund entwickeln dürfen: Liebe, Sicherheit, Kontinuität, Spaß und Freude am Leben, Leichtmut, Bildung, musische und sportliche Aktivitäten, Umgang mit Gleichaltrigen, aber auch mit wichtigen

erwachsenen Bezugspersonen. Das gehört doch alles zu einem gesunden Aufwachsen dazu.

Stattdessen erleben unsere Kinder seit nunmehr fast einem Jahr, dass Abstand gut ist, dass man bei unachtsamen Verhalten schuld ist, wenn andere erkranken oder sterben. Sie erleben Einsamkeit und teilweise zutiefst traurige und verzweifelte Großeltern. Sie erfahren, dass es sich kaum lohnt, sich darüber zu freuen, dass der Sportkurs wieder losgeht, weil er morgen ohnehin wieder verboten werden kann. Sie erfahren, dass die größte Abwechslung irgendwo zwischen Spielkonsole und Netflix liegt.

Was die Quarantäne mit Familien macht, hat ein Artikel im „SPIEGEL“ eindrücklich beschrieben. Betroffene Familien in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen schilderten die Zeit allesamt als sehr belastend. Insbesondere die Aussage einer Mutter muss nachdenklich stimmen – Zitat: Die Kinder wussten, was das Coronavirus ist. Wir hatten sechs Monate lang unfreiwillig eine Angstkulisserie aufgebaut, indem wir ihnen erzählt hatten, dass das Händewaschen und die Masken wichtig sind, weil sonst jemand auf Intensivstation kommen oder sogar sterben kann, und dass wir deshalb auch Oma und Opa nicht besuchen dürfen. – Zitat Ende.

Ein Junge beschreibt seine Erfahrung in der Quarantäne so – Zitat: Es fällt mir schwer, dass ich nicht näher bei ihnen sein darf. Wenn es Essen gibt, klopft meine Mutter an meine Tür und stellt das Tablett davor. Heute gab es Pfannkuchen mit Zucker. Abends sage ich meinen Brüdern mit Maske gute Nacht, wenn sie schon im Bett liegen. Wenn ich im Bett liege, schaut meine Mutter rein, auch mit Maske. Normalerweise würde sie mich umarmen. Es fühlt sich traurig an, wenn sie da mit Maske steht. Es fühlt sich an, als wäre ich schuld daran, dass ich Corona habe, auch wenn ich weiß, dass es nicht so ist. – Zitat Ende.

Dieser Artikel im „SPIEGEL“ macht sehr deutlich, dass es nicht nur eine organisatorische Herausforderung ist, Isolation und Quarantäne zu bewältigen. Es macht deutlich, wie fahrlässig es ist, diese Angstkulisserie vor Kindern zu errichten. Im Sommer noch haben Sie von der Landesregierung von dem Zurück in eine verantwortungsvolle Normalität gesprochen. Übernehmen Sie diese Verantwortung und schaffen Sie für unsere Kinder, die noch ihr ganzes Leben vor sich haben, Normalität! Die Wartelisten bei den Kinder- und Jugendpsychiatern und -psychotherapeuten waren bisher schon lang genug. Es könnte sein, dass Sie hier auf einen künftigen Versorgungsengpass hinsteuern. Wenn Sie Kinder- und Jugendarbeit fördern wollen – so wie es der Haushalt vorsieht –, dann muss diese erst einmal wieder stattfinden können.

Ihr Haushalt beinhaltet unserer Meinung nach ohnehin ausreichend falsche Weichenstellungen. An unserer grundlegenden Kritik der letzten Jahre hat sich

nichts verändert. Viel wichtiger für jedes Kind in Nordrhein-Westfalen ist allerdings, dass die Lebensgrundlage seiner Familie nicht durch eine verfehlte Lockdownpolitik zerstört wird.

Armut und Verelendung sind in der Regel schlechte Voraussetzungen für gute Bildung. Wenn Sie, Herr Minister Stamp, von einer Bildungsgarantie sprechen, sollten Sie sich dringlichst dafür stark machen, dass der Lockdown beendet wird. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Familien, die Kinder und Jugendlichen stehen im Zentrum der Politik der Landesregierung. Das gilt in dieser Pandemie; das gilt aber auch ganz grundsätzlich.

Im Vergleich zu 2017 haben wir für einen beispiellosen Aufwuchs von rund 1,7 Milliarden Euro für diesen Bereich gesorgt – ein enormer Kraftakt, den diese Landesregierung gestemmt hat.

Ich darf an dieser Stelle auch im Namen meines Ministeriums das Dankeschön der regierungstragenden Fraktionen für die gute Zusammenarbeit zurückgeben, möchte aber auch die Opposition einschließen für die Art und Weise, wie wir von der Tonalität her miteinander im Ausschuss umgehen.

Ich glaube, es ist uns gelungen, für die Kinder und Jugendlichen und die Familien in Nordrhein-Westfalen einen großen Schritt nach vorne zu erreichen. Von diesen Investitionen profitieren sie ganz unmittelbar. Diesen Weg setzen wir mit dem Haushalt für 2021 fort. Ungeachtet von Corona fördern wir die Infrastruktur im Kinder-, Jugend- und Familienbereich und erhalten die Strukturen am Leben. Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, diese zentralen Zukunftsbereiche zu stärken.

Die frühkindliche Bildung bleibt dabei der Dreh- und Angelpunkt, um möglichst allen Kindern von Beginn an beste Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Gute und bedarfsgerechte frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung ist die Grundlage für mehr Bildungschancen für alle und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz, dem neuen KiBiZ, leistet die Landesregierung einen maßgeblichen Beitrag, um die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Dass uns dies gelungen ist, dass wir endlich nach so langer Zeit einen Durchbruch erreichen

konnten, dafür danke ich vor allem auch den Kommunen ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit, für diese wirkliche Gemeinschaftsleistung. Denn die entstandene Lücke stemmen wir gemeinsam.

Insgesamt steigt aktuell der Ansatz des sogenannten KiBiZ-Deckungskreises um rund 436,5 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Das Herzstück unserer Reform ist die nun vollzogene Auskömmlichkeit der Grundfinanzierung. Damit diese Auskömmlichkeit bestehen bleibt, werden die Kindpauschalen erstmals zum Kindergartenjahr 2021/22 und auch in allen weiteren Jahren nach einem Index entsprechend der tatsächlichen Tarifierhöhungen und Kostenentwicklungen angepasst. Die Träger erhalten dadurch deutlich mehr Planungssicherheit. Sie können nicht nur mehr, sondern auch langfristig Personal beschäftigen.

Wir haben viele weitere Verbesserungen in den Bereichen Kindertagespflege, Ausbildung und Flexibilität. Gerade die praxisorientierte Ausbildung ist uns ganz besonders wichtig. Sie kann auch ein Element sein, das wir weiterentwickeln und das möglicherweise denjenigen, die wir als Kita-Alltagshelfer beschäftigt haben, die Chance bietet, sich hin zu einer pädagogischen Tätigkeit praxisorientiert weiterzubilden.

Ganz besonders wichtig ist, dass Familien mit kleinen Kindern zielgerichtet mit einem zusätzlichen beitragsfreien Kindergartenjahr entlastet werden.

Herr Kollege Maelzer, Sie hatten es im Zusammenhang mit der Frage, ob für Quarantänezeiten Beiträge erstattet werden sollten, angesprochen. Ich würde Ihnen empfehlen, das bei Ihnen in der Fraktion mit dem Kollegen Kämmerling und den Kommunalen zu diskutieren. Ich kann mir nicht ernsthaft vorstellen, dass irgendjemand, der in den Kommunen an dieser Stelle tätig ist, ein Interesse daran hat, diese Filetierung von Beiträgen vorzunehmen. Sie würden hier ein Bürokratiemonster schaffen. Ich sage Ihnen, die Eltern haben momentan in dieser pandemischen Lage andere Sorgen als die Frage, ob sie 13,82 Euro für ein paar Tage zurückbekommen oder nicht. Das ist nicht die entscheidende Frage in dieser Situation.

Es geht hier eher um die mittleren Einkommen; es geht nicht um diejenigen, die schwache oder keine Einkommen haben. Die sind in der Regel in der Kommune sowieso beitragsfrei gestellt. Für alle anderen haben wir jetzt ein zweites beitragsfreies Jahr geschaffen. Das ist eine Kraftanstrengung, aber ich glaube, dass sie sich lohnt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wissen auch, welche Herausforderung diese Pandemie aktuell für die Kitas bedeutet. Deswegen ist mein Haus im permanenten Austausch mit den Trägerinnen und Trägern; ich bin es selbst auch. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist. Es ist auch wichtig,

nicht nur mit ihnen zu sprechen, sondern auch direkt mit den Praktikerinnen und Praktikern. Ich freue mich, dass wir darüber hinaus auch ein Forum geschaffen haben, in dem ich mit zahlreichen Kitaleitungen im Austausch bin.

Es sind aber nicht nur die Kitaleitungen, sondern auch die Beschäftigten in den Einrichtungen, die momentan mit einem unglaublichen Einsatz – weil man in der Kita liebevoll den Kindern eine Nähe vermitteln muss und den Abstand nicht so halten kann, wie wir das gerne hätten – und mit großartiger, vorbildlicher Leistung vorangehen.

Ich habe selber zwei Praktikumstage gemacht, zwei weitere folgen noch. Dort konnte ich mich vor Ort überzeugen, dass es großartig ist, was unsere Erzieherinnen und Erzieher in dieser pandemischen Lage leisten. Ich glaube, das ist an dieser Stelle auch einen Applaus des ganzen Hauses wert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass unser Alltagshelfer-Programm so ein großer Erfolg geworden ist, zumal wir uns hier auch Chancen für eine Rekrutierung von zukünftigem Personal eröffnen. Ich habe das eben angedeutet. Wir werden das Programm auf jeden Fall bis Ende Juni weiterführen und sind gerade dabei, mit der Trägerszene zu besprechen, wie wir auch Übergänge in eine praktische Ausbildung schaffen.

Die Schaffung neuer Betreuungsplätze ist schließlich eine der zentralen Herausforderungen, damit gute frühkindliche Bildung auch tatsächlich allen Familien zur Verfügung stehen kann. Wir geben Trägern und Kommunen daher weiterhin eine Platzausbaugarantie. Jeder notwendige zusätzliche Betreuungsplatz für einen bedarfsgerechten Ausbau vor Ort wird bewilligt und investiv gefördert. Das gilt, egal wie groß der Umfang ist.

Die Landesregierung hat die Prävention im Jahre 2020 mit dem Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ flächendeckend und systematisch gestärkt. Selbstverständlich wollen wir „kinderstark“ auch in den nächsten Jahren fortsetzen, zumal es eine sehr positive Resonanz auf das Programm gibt. Wir haben auch – und das ist ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Kinder- und Jugendpolitik – den Kinder- und Jugendförderplan nicht nur finanziell abgesichert, sondern die Mittel dynamisiert und damit auch in diesem Bereich dauerhaft Planungssicherheit hergestellt.

Ein weiteres Thema ist – leider Gottes – dazugekommen, was nicht in meiner originären Zuständigkeit liegt, aber bei dem ich gesagt habe, dass ich als Kinder- und Kinderschutzminister nicht dazu schweigen kann und mich dieser Aufgabe stellen muss. Das ist das Thema der sexualisierten Gewalt. Wir haben es ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. An

dieser Stelle herzlichen Dank an die Fachsprecher der Fraktionen, dass wir hier auch interfraktionell an diesem Thema arbeiten und nicht nach politischen Geländegewinnen schauen.

Hier haben wir gemeinsam vieles auf den Weg gebracht, um die wichtige Arbeit in allen Bereichen zu stärken. Beispielhaft möchte ich für die Seite der Landesregierung unsere Gesetzesinitiative zur Strafrechtsänderung bei sexuellem Missbrauch sowie bei Verbreitung und Besitz von Darstellungen des Missbrauchs nennen. Die „Bild“-Zeitung hat ja dargestellt, das sei die große Initiative des Bundes. Das ist sie mitnichten. Wir waren aus Nordrhein-Westfalen die ersten, die diesen Vorschlag gemacht haben – auch in Rückkopplung mit unterschiedlichen Kräften hier im Haus.

Ich freue mich über die Einrichtung der Landesfachstelle „Prävention sexualisierte Gewalt“. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiger Baustein, und es ist auch sehr wichtig, dass wir die Fachberatung bei den Landesjugendämtern weiter stärken. Wir werden die Bekämpfung sexualisierter Gewalt hier in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin gemeinsam mit aller Kraft angehen. Grundlage dafür wird das Handlungs- und Maßnahmenkonzept der Landesregierung sein, das das Kabinett noch in diesem Jahr beschließen wird.

Meine Damen und Herren, auch in der Familienpolitik zeigen sich die erhöhten Anstrengungen der Landesregierung beim Thema „sexualisierte Gewalt“. So ist bei der Familienberatung der qualitative und quantitative Ausbau der spezialisierten Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ein wesentliches Ziel.

Wir arbeiten außerdem weiter an einem wichtigen Thema, bei dem die Gesetzgebungskompetenz in erster Linie beim Bund liegt, bei dem wir uns aber auch einbringen, nämlich beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Wir werden die Digitalisierung der Verwaltung für Familien im kommenden Jahr in NRW offensiv vorantreiben, damit die Eltern hier einen Zeit- und Komfortgewinn haben. Für den Aufbau eines Familienportals für Nordrhein-Westfalen wird derzeit der zentrale Grundbaustein gelegt.

Ich freue mich auch, dass wir bei der assistierten Reproduktion erfolgreich sind. Wir sind im Bundesvergleich digital bereits am weitesten vorangeschritten. Das freut mich ganz besonders, weil das Angebot zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen im zurückliegenden Jahr sehr, sehr gut angenommen wurde. Ich glaube, hier tun wir vielen Familien etwas Gutes.

Meine Damen und Herren, individuelle und gesellschaftliche Vielfalt – das wissen Sie – ist etwas, was mir ganz besonders am Herzen liegt. Das zu stärken, bleibt Kennzeichen dieser Landesregierung. Der Bereich LSBTIQ ist mir dabei sehr wichtig. Unsere zahlreichen Förderungen und Maßnahmen wollen wir

weiterentwickeln. Sie sollen noch mehr in die Fläche wirken. Das zeigt auch unser neuer Aktionsplan „Impulse 2020 für queeres Leben in Nordrhein-Westfalen“.

Mit der neuen Netzwerkstelle „Unternehmen Vielfalt“ im Rahmen der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit setzen wir uns für die Unterstützung insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen zum Thema „Diversity-Management“ in Nordrhein-Westfalen ein. Auch dies ist ein Bereich, der wirklich einen Schub gebrauchen kann.

Wir haben insgesamt noch ganz viel vor. Meine Redezeit ist aber schon abgelaufen. Deswegen mache ich an dieser Stelle einen Punkt. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit den regierungstragenden Fraktionen, aber in der fairen Auseinandersetzung auch mit der Opposition. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. In der Tat hat die Landesregierung die Redezeit um 2 Minuten und 7 Sekunden überzogen. Ich vermute aber mal, die Kolleginnen und Kollegen, die sich für die zweite Runde gemeldet haben, Herr Minister, werden Ihnen das danken. – Zunächst hat für die SPD-Fraktion Kollege Dr. Maelzer das Wort. Bitte sehr.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Dr. Stamp, ich habe mich – wir sind ja in einer Haushaltsdebatte – über eine Zahl sehr gewundert: 13,82 Euro. 13,82 Euro, glauben Sie, beträgt die Kitagebühr, die Eltern in Nordrhein-Westfalen für einen halben Monat zahlen müssten. Ich glaube, da sind Sie weit von der Lebensrealität entfernt.

(Marcel Hafke [FDP]: Das haben Sie gehört? – Zuruf von Stefan Lenzen [FDP])

Denn wie sieht es aus, wenn Kinder in Quarantäne geschickt werden? Das ist in der Regel für einen Zeitraum von 14 Tagen der Fall. Für 14 Tage sind sie damit von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Sie sind oftmals in einem Haushalt ohne Balkon, ohne Garten. Das ist eine extrem belastende Zeit für Familien – übrigens auch finanziell; denn dann kann meistens ein Elternteil eben auch nicht zur Arbeit gehen, weil es sich um die Betreuung kümmern muss. Die Lohnersatzleistung beträgt dann nur noch 67 %. Schon das ist ein heftiger Einschnitt für das Haushaltseinkommen der Familie.

Wenn Sie dann die zusätzliche Belastung mit „13,82 Euro“ verniedlichen, dann geht das, glaube ich, weit an der Lebensrealität von Eltern in mittlerweile etwa 1.000 geschlossenen oder teilgeschlossenen Kitas in

Nordrhein-Westfalen vorbei. Auf die offiziellen Zahlen, die Sie uns Montag geben wollten, warten wir ja noch heute.

Aber ich glaube, dass Sie diese Zahl so verniedlichen, hängt auch damit zusammen, dass Sie in dieser Frage nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Das zieht sich ja durch. Sie machen sich einen schlanken Fuß, wenn es um die Debatte der Luftfilter geht. Sie sagen: weniger Tests für Erzieherinnen und Erzieher. – By the way: Wir lassen Woche für Woche 250.000 Tests in Nordrhein-Westfalen ungenutzt. Wir könnten jede Erzieherin und jeden Erzieher wöchentlich testen. Es wäre überhaupt kein Problem, wenn Sie bereit wären, das Geld dafür in die Hand zu nehmen.

(Beifall von der SPD)

Vor allen Dingen scheuen Sie sich davor, landeseinheitliche Vorgaben zu machen. Das ist eben das Gegenteil von Verantwortung. Ihre Bildungs- und Betreuungsgarantie beruht auf dem Prinzip Hoffnung.

Verantwortung ist auch das Stichwort, wenn es um den Schutz unserer Kinder geht. Hier will ich mit einem Thema beginnen, das uns eint. Die Einrichtung einer Landesfachstelle „Prävention sexualisierte Gewalt“ findet die Unterstützung des gesamten Familienausschusses. Die 7,5 Millionen Euro, die im Landeshaushalt für den Kinderschutz bereitgestellt werden, werden natürlich auch von niemandem angezweifelt.

Ich bin mir aber sicher, hier dürfen wir nicht stehenbleiben. Der SPD war es immer wichtig, dass wir neben dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch eine Kinderschutzkommission einsetzen, die die Strukturen des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen unter die Lupe nimmt. Darum bin ich froh, dass wir parteiübergreifend die Einsetzung der Kinderschutzkommission beschlossen haben, die seit etwa einem Jahr tätig ist und sich Expertise in diesem Themenfeld erarbeitet.

Schon heute ist klar: Wir brauchen landesweit vergleichbare Qualitätsstandards. Nicht jede strukturelle Verbesserung bedeutet auch Mehrausgaben, aber besserer Kinderschutz wird für das Land auch nicht zum Nulltarif zu haben sein. Lassen Sie mich im Rahmen meiner Haushaltsdebatte nur ein paar Schlaglichter werfen.

Wir haben mit dem System der Frühen Hilfen – durch Bundesgeld gefördert – eine hilfreiche Netzwerkstruktur flächendeckend aufgebaut. Die Träger und Kommunen wünschen sich analog auch etwas für die über Dreijährigen. Es würde dem Land gut zu Gesicht stehen, hier tätig zu werden.

Nur etwa jede fünfte Kita verfügt über ein Kinderschutzkonzept. Hier sollten wir gesetzgeberisch tätig werden, aber die Träger dabei auch personell unterstützen. Das Gleiche gilt für die Ausbildung: Es muss

in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich werden, dass in allen Berufen, die sich schwerpunktmäßig mit Kindern befassen, auch der Kinderschutz eigenständiger Lehrinhalt in der Ausbildung wird. Das alles sind Punkte der Prävention.

Landesweit braucht es aber auch für die Opfer – nicht nur sexualisierter Gewalt – Anlaufstellen, in denen sie Beratung und Unterstützung erhalten. Hier ist das Netz in Nordrhein-Westfalen noch zu dünn gewebt – gerade im ländlichen Raum. Hier braucht es mehr Anstrengung des Landes für einen flächendeckenden Ausbau.

Es gibt also eine Menge Ansatzpunkte. In der Kinderschutzkommission arbeiten wir konstruktiv zusammen – ich denke, mit der Landesregierung auch. Ich hoffe, dass sich diese konstruktive Zusammenarbeit noch in dieser Legislaturperiode in weiteren strukturellen Veränderungen und damit auch im Haushaltsplan niederschlägt.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Abgeordnete Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir Menschen mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder konfrontiert werden, fällt die Reaktion oft gleich aus: Das kann doch nicht! Nicht hier bei uns! Wirklich? – Doch mussten wir schmerzhaft feststellen: Ja, auch hier bei uns wird Kindern Vernachlässigung, psychische, physische und auch sexualisierte Gewalt angetan.

Es ist kein Zufall, dass immer mehr Fälle öffentlich werden, denn nicht zuletzt bringt die gute Arbeit unseres Innenministers und der Ermittlungsbeamtinnen und -beamten immer mehr Fälle an die Öffentlichkeit. Von daher ist es richtig und so unglaublich wichtig, dass wir uns in dieser Legislaturperiode endlich mit diesem Schwerpunkt auf den Weg gemacht haben.

Dank des Engagements dieser Landesregierung, aller Beteiligten und auch dieser Koalition ist NRW inzwischen Vorreiter für den Kinderschutz. Das zeigt auch meine Rede heute hier: Die Bedeutung des Kinderschutzes hat einen eigenen Raum bekommen. Dafür bin ich sehr dankbar, denn wir haben gezeigt, dass wir viel bewegen können.

Ich nenne an dieser Stelle beispielweise die Konstituierung der Kinderschutzkommission und die wirklich gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit darin. Ich nenne die Einrichtung des Kompetenzzentrums Kinderschutz im Gesundheitswesen. Vor wenigen Wochen hat auch die neugegründete Landesfachstelle ihre Arbeit aufgenommen, die besonders die freien Jugendhilfeträger unterstützen soll. Auf Bun-

desebene haben wir es geschafft, das Verbot von Kindersexpuppen auf die Agenda zu setzen und durch eine Bundesratsinitiative den so wichtigen Datenaustausch zu verbessern. All das sind Puzzleteile auf unserem Weg, ein möglichst sicheres Umfeld zu schaffen, in dem Kinder unbedarft aufwachsen können.

Minister Stamp hat es in der Vergangenheit schon erläutert: Im Haushalt 2020 haben wir erstmals einen eigenen Haushaltsposten für den Kinderschutz geschaffen. Nur ein Jahr später sehen wir: Die Mittel werden dringend benötigt. Die 2,7 Millionen Euro mehr im Etat von 2021, der somit 7,5 Millionen Euro umfasst, sind daher nur konsequent.

Doch das Allerwichtigste ist: Mit diesen Maßnahmen ist nicht Schluss. Wir arbeiten kontinuierlich weiter, denn – meine Damen und Herren, das ist ganz zentral – wir werden leider nie an dem Punkt ankommen, an dem wir sagen können: Unsere Kinder sind zu 100 % sicher. Leider können wir das nicht. Denn in jeder Schulklasse sitzen statistisch gesehen mindestens ein bis zwei Kinder, für die allein sexualisierte Gewalt bittere Realität ist. Deshalb dürfen wir nicht die Augen verschließen, sondern müssen ganz genau hinschauen und handeln. Die Kinder, die vernachlässigt werden oder physische und psychische Gewalt erfahren, sind hier noch nicht einmal inbegriffen.

All diesen Kindern sind wir es schuldig, sie nicht im Stich zu lassen. Daran arbeitet die Landesregierung. Daran arbeiten wir in der Fraktion jeden Tag. Ich möchte auch Sie einladen, diesen Weg weiter gemeinsam mit uns zu gehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Abschließend möchte ich eines noch in Ihre Richtung, Herr Maelzer, sagen: Ich finde es nicht ganz fair, dem Minister vorzuwerfen, es gäbe die aktuellen Zahlen bezüglich der KITASchließungen nicht. Denn die Wahrheit ist: Am Montag in der Kinderschutzkommission hat Herr Dr. Weckelmann sogar noch explizit zum letzten TOP ausgeführt: Ich gebe Ihnen noch die aktuellen Zahlen mit auf den Weg. – An dem Tag schien es zumindest so, dass Ihr Interesse diesbezüglich nicht sonderlich groß ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Freynick das Wort.

Jörn Freynick (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als NRW-Koalition setzen wir uns unverändert für die Verbesserung von Prävention, Schutz von und die Hilfe bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ein.

Die Fälle von Gewalt gegen Kinder in Lügde, Bergisch Gladbach und Münster sind widerliche und unerträgliche Verbrechen – allerdings wohl auch nur die Spitze des Eisberges. Die Dunkelziffer an Fällen wird deutlich höher liegen. Deshalb müssen wir weiter entschlossen sein, alle bisherigen Konzepte konstruktiv zu hinterfragen, uns trauen, scheinbar bewährte Prozesse – wo es nötig ist – auf den Kopf zu stellen und diese dann neu auszurichten.

Dieser Wille zeigt sich erfreulicherweise in dem vorliegenden Teilplan des NRW-Familienministers Joachim Stamp und seinem Ministerium. Wir setzen darin einen starken Fokus auf den quantitativen und qualitativen Ausbau der spezialisierten Beratung. Dies umfasst vor allem die Prävention und die Intervention durch zusätzliche Fachkräfte und Beratungsstellen.

Zuschüsse für Projekte, die dem Kinderschutz dienlich sind, erhöhen wir deutlich. Mit einem Gesamtbetrag von 7,5 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr investieren wir doppelt so viel in den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen wie bisher. Weitere 5,5 Millionen Euro stellen wir dazu als Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2022 bis 2024 im kommenden Haushalt ein. Ich freue mich, dass mit dem erhöhten Budget für das kommende Jahr auch der Aufbau der Landesfachstelle zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Jahr 2021 weiter vorangetrieben wird.

Die Landesfachstelle ist ein elementarer Baustein für unsere Bestrebung hin zu mehr Kinderschutz. Sie ist für alle Mitarbeitenden in Kitas, offenen Türen, der Jugendarbeit und allen in der Kinder- und Jugendhilfe ein kompetenter Ansprechpartner zum Thema Kinderschutz. Sie bietet umfangreiche Informationen, Beratung und Fortbildung an und vernetzt und sensibilisiert Fachkräfte und Einrichtungen. Es zeigt sich: Die NRW-Koalition ist entschlossen, den Kinderschutz in unserem Land nachhaltig zu verbessern. Dass alle Kinder behütet, selbstbestimmt und frei von Ängsten aufwachsen können, sind wir unseren Kindern schuldig.

Für mich als Vater von drei noch sehr kleinen Kindern sind Zahlen nur die eine Sache; Strukturen sind da ein ganz anderes Thema. Da werden wir in den nächsten Monaten ganz gezielt hinschauen.

Aufklärung, Prävention, Fortbildung und ein verstärktes Verantwortungsbewusstsein sind wichtige Schlagwörter, mit denen wir uns in der Kinderschutzkommission des Landtags intensiv beschäftigen. Daher geht abschließend mein Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen, die in der Kinderschutzkommission ohne jegliches Parteigeplänkel gemeinschaftlich und konstruktiv mitarbeiten, und an die Akteure, mit denen wir für das Wohl unserer Kinder zusammenarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Teilbereich a des Einzelplans 07 nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu diesem Teilbereich a.

Ich rufe auf:

b) Flüchtlinge und Integration

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Frau Abgeordneter Kollegin Lux das Wort.

Eva Lux (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ein bewegtes Jahr neigt sich dem Ende zu. Wir hoffen alle, dass das kommende Jahr Besserung bringt.

Besserungen erwarten wir für das kommende Jahr auch in der Integrationspolitik. Dafür muss jetzt mit dem Haushalt gesorgt werden. Aber gelingt Ihnen das auch? Mäßig, würde ich meinen.

Positiv ist, dass viele wichtige Projekte im Rahmen des integrationspolitischen Konsenses der demokratischen Fraktionen weitergeführt werden. Gerade mit Blick auf die rechte Gefahr, auch in den Parlamenten, müssen wir uns vor die Schutzbedürftigen stellen. In dieser Sache weiß ich Sie, Herr Minister Stamp, zweifellos an unserer Seite.

Das gilt auch für das schon vormals von uns eingeführte Kommunale Integrationsmanagement; es hieß damals „Einwanderung gestalten“. Die Erhöhung des Integrationshaushalts, auf die Sie, Herr Minister, so stolz sind, fließt praktisch vollständig hierhin. Sie werden aber verstehen, dass wir einige Dinge kritisch sehen.

In Ihrem dritten Jahr als Integrationsminister warten die Kommunen immer noch auf die nun wirklich von allen geforderte und von Ihnen versprochene Reform des FlüAG. Hier wird eine Einigung für das kommende Jahr in Aussicht gestellt. Ein Zückerchen in Höhe von 110 Millionen Euro, damit die Kommunen stillhalten, ist vorsorglich schon mal im Haushalt eingestellt. Na, wir warten sehr gespannt auf die weitere Entwicklung.

Immer noch wenig – vor allem gemessen an den Zielen, die Sie sich hier gesetzt hatten – passiert in der Frage der Bildung, Ausbildung und Integration von Geflüchteten. „Perspektiven schaffen“ – das war immer Ihr Schlagwort. Ich sage auch gar nicht, dass Sie sich nicht bemüht hätten. Aber herumgekommen ist da leider nicht viel. Von Ihrem Plan, die Schulpflicht auszuweiten, ist definitiv nichts übrig geblieben.

Ja, Sie haben das Programm „Gemeinsam klappt's“ aufgelegt – ein paar hübsche Notnägel, aber keinesfalls gleichwertig.

Bei der Sozialen Beratung spielen Sie einfach Tetris im Haushalt. Sie verkünden groß, Sie würden die Soziale Beratung um 5 Millionen Euro erhöhen. Dabei etikettieren Sie einfach eine Haushaltsstelle nach dem Motto „rechte Tasche, linke Tasche“ um. Unseren Antrag auf eine echte Erhöhung hat die Regierungskoalition leider schon abgelehnt.

Für Ärger sorgen auch Ihre neuen Förderrichtlinien für die Soziale Beratung. Viele Träger sind entgeistert. Auch uns ist das völlig rätselhaft. Sie wollen die Qualität der Beratung verbessern. Warum Sie dann die Förderansätze fürs Personal herunterdeckeln, fragen sich nicht nur die seit Jahren tätigen sach- und fachkundigen Träger. Wir werden sehr genau beobachten, inwiefern bisherige Träger der Sozialen Beratung nun abspringen, weil sie die Löhne von einem Drittel ihrer Mitarbeiter nicht mehr bezahlen können.

Kritisch ist auch, dass die globale Minderausgabe zum zweiten Mal in Folge besonders hoch ausfällt. Mit dem laufenden Haushalt haben Sie, Herr Minister, die globale Minderausgabe von 22 Millionen Euro in 2019 auf 85 Millionen Euro erhöht. Schon damals war zu fragen, wie und wo Sie im laufenden Haushaltsvollzug diese enormen Einsparungen erbringen wollen. Im nächsten Jahr, Herr Minister, wollen Sie dieses Kunststückchen nun wiederholen. Eine so hohe globale Minderausgabe macht den Haushalt intransparent und darf nicht zur Regel werden.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum diesjährigen Beratungsverfahren sagen. Unsere Haushaltsfragen wurden erst kurz vor der Sitzung und in einem ohnehin schon sehr verkürzten Verfahren beantwortet. Ehrlich gesagt, ist so etwas unmöglich. Das Haushaltsrecht ist das parlamentarische Kontrollrecht gegenüber der Regierung, und das gilt gerade in diesen Zeiten.

Mir ist durchaus bewusst, dass die Ministerien wegen der Coronapandemie derzeit unter enormer Belastung stehen. Dennoch: Gerade in Zeiten mit hohem Zeitdruck und ständig wechselnden Regelungsbedarfen ist eine parlamentarische Kontrolle umso wichtiger, und zwar nicht zuletzt für die Regierung.

Dass nur wenig Interesse an parlamentarischer Beratung besteht, zeigt sich auch darin, dass unsere sämtlichen Verbesserungsvorschläge von den Regierungsfractionen abgelehnt wurden. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf. Denn Sie, Herr Minister Stamp, sind doch eigentlich ein ganz verständiger Mensch. Die SPD jedenfalls wird weiterhin an Verbesserungen für die Menschen, die in unserem Land leben, arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Lux. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Wermer das Wort.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist der Motor der deutschen Integrationspolitik. Als NRW-Koalition wollen wir deshalb mit unserem Haushalt vor allem eines: Wir wollen dieser Motor bleiben und die wichtigen Initiativen und Kampagnen der letzten Jahre fortführen.

Seit 2017 ist die Verbindung von Ordnung und Humanität unser Kompass der Integrationspolitik. Wir bekennen uns damit klar zum NRW-Integrationskonsens. Die vier Säulen aus Sprachförderung, Bildung, Arbeitsmarktintegration und der Vermittlung unserer Werte ziehen sich auch durch den vorliegenden Haushaltsentwurf. Mit unserer Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 und dem eigens eingerichteten Integrationsbeirat haben wir diesbezüglich einen großen Schritt gehen können. Der Haushalt soll nun die nächsten Schritte absichern.

Meine Damen und Herren, wir wollen trotz der coronabedingten Umstände für Verlässlichkeit und Stabilität sorgen:

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Stefan Lenzen [FDP])

Verlässlichkeit für Kommunen und unsere vielen Partner im Integrationsbereich, Stabilität für die vielen wichtigen Maßnahmen und Projekte.

Daneben stehen wir für Kontinuität. Denn viele Haushaltsansätze werden in gleicher Höhe wie in diesem Jahr fortgeschrieben. Das gilt beispielhaft für das Landesprojekt zur Stärkung der kultursensiblen Altenpflege, welches auch die Lebensleistung der vielen Zuwanderinnen und Zuwanderer berücksichtigt. Das gilt aber auch für die tragfähige Zusammenarbeit mit Muslimen durch die Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement. Wir fördern hier das Empowerment und die Integration von Muslimen. Auch hierbei werden die Mittel verstetigt.

Der Haushaltsentwurf sieht aber auch frisches Geld für die Kommunen vor. Mit einer Verdoppelung des Ansatzes für das Kommunale Integrationsmanagement auf 50 Millionen Euro unterstützen und befähigen wir Städte und Gemeinden bei der Steuerung und dem Case-Management.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Stefan Lenzen [FDP])

Eine gelingende Integration von Menschen kann nur vor Ort geschehen. Dabei wollen wir die Kommunen weiter unterstützen. Deshalb freut es mich, dass die Förderrichtlinie in absehbarer Zeit veröffentlicht und das KIM an den Start gehen wird.

Mit dem KIM werden auch die Ausländer- und Einbürgerungsbehörden in den Blick genommen. Wir möchten Einbürgerungsverfahren in den Behörden beschleunigen. Unser Anliegen ist es, Menschen für den Schritt hin zu einer Einbürgerung zu motivieren. Wenn man Deutsche oder Deutscher werden möchte, darf es nicht an effektiven Verfahren in den Behörden mangeln.

Daneben stärken wir die Mittel für die integrationspolitische Infrastruktur, für die Kommunalen Integrationszentren, für die Integrationsagenturen, für die vielen Migrantenselbstorganisationen in NRW oder für wichtige Programme wie KOMM-AN NRW.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ausgeweitet werden auch die Mittel für die Antidiskriminierungsarbeit, nämlich um zusätzliche 3 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, auch die notwendige Anhebung der FlüAG-Pauschale wird durch den vorliegenden Entwurf berücksichtigt. Diese Mittel – und das sind plus 100 Millionen Euro, also kein Zuckerchen, Frau Lux – werden eingeplant, obgleich das Flüchtlingsaufnahmegesetz Weiteres klären wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Margret Voßeler-Deppe [CDU])

Wir wollen weiterhin Sorge dafür tragen, dass die kommunale Familie bei den Kosten für Flüchtlinge spürbar entlastet wird.

Zuletzt berücksichtigt der Haushaltsentwurf auch die Aufnahme- und Unterbringungseinrichtungen, dabei erstmalig auch die Psychosoziale Erstberatung. Die Erstberatung soll das bestehende Angebot in den Einrichtungen ausweiten. Wichtig ist, dass es auch flächendeckend erreichbar ist. Auch das ist ein wichtiger Punkt aus dem Asyl-Stufenplan, der durch den Haushalt weiter umgesetzt werden kann.

Die vorgesehenen 5 Millionen Euro für die Psychosoziale Erstberatung verstärken das Förderprogramm „Soziale Beratung für Flüchtlinge“, welches nunmehr auf 35 Millionen Euro angehoben wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Für die Zentralen Unterbringungseinrichtungen ist es daneben wichtig, auch ein schulnahes Bildungsangebot nutzen zu können. Der Einzelplan sieht auch hier wieder die notwendigen Sachmittel vor; denn auch in den Einrichtungen muss ein Mindestmaß an Bildung gegeben sein.

Zum Schluss lassen Sie mich zusammenfassen:

Erstens. Wir wollen Integration in NRW verbindlich machen.

Zweitens. Wir wollen Angebote schaffen, die Anschluss ermöglichen, Angebote, die die Teilhabe an

unserer Gesellschaft und an unserem Arbeitsmarkt ermöglichen.

Drittens. Wir wollen Kommunen weiter entlasten.

Viertens. Wir wollen Rückführung und die Rückkehrberatung unterstützen, um anschließend die Menschen integrieren zu können, die ein Anrecht haben, bei uns zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Aymaz das Wort.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Zunächst einmal möchte ich positiv bemerken, dass der Haushaltsplan im Einzelplan 07 finanziell stabil bleibt, es sogar Zuwächse gibt und vordergründig keine Kürzungen vollzogen werden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem umfangreichen Zahlenwerk lohnt sich auch immer ein zweiter, in die Tiefe gehender Blick auf die Details.

Damit kommen wir auch schon zum eigentlichen Knackpunkt: der sozialen Beratung von Geflüchteten. Hier gibt es im Haushaltsentwurf keine faktischen Kürzungen der Mittel. Die soziale Beratung wird sogar um die von uns seit Langem geforderte Psychosoziale Erstberatung in den Landesunterkünften erweitert. Das möchte ich an dieser Stelle auch ausdrücklich begrüßen.

(Beifall von den GRÜNEN und Stefan Lenzen [FDP])

Absolut nicht nachvollziehbar ist aber für mich, warum sich die Psychosoziale Erstberatung und die überregionale Fachbegleitung nicht in der Verpflichtungsermächtigung widerspiegeln, um auch den Trägern und dem Personal, die hier eine so essenzielle Arbeit leisten, eine entsprechende Planungssicherheit zu ermöglichen.

Daher haben wir einen Haushaltsänderungsantrag gestellt, der eine Erhöhung um 6 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro vorsieht. Er wurde leider von den regierungstragenden Fraktionen abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zu der Neuausrichtung der Förderrichtlinie für die soziale Beratung, die ab 1. Januar 2021 gilt: Damit droht vielen Beratungsangeboten das Aus. Dies sorgt seit Wochen für großen Unmut und tiefe Verunsicherung bei den Trägern; denn mit der Festsetzung eines Förderhöchstsatzes für Personalausgaben von lediglich 80 % können viele Träger ihre qualitativ hochwertige und unabhängige Beratungsarbeit nicht mehr stemmen, da

sie die erforderlichen Eigenmittel schlichtweg nicht haben.

Es kann doch nicht wahr sein, dass Träger auf diese Weise gezwungen werden, entweder erfahrenes Personal unter Tarif zu bezahlen oder gar nur noch auf Berufseinsteiger zu setzen – und das in dem komplexen Feld der Beratung.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Monika Düker [GRÜNE])

Hier werden in neoliberaler Manier qualitative Strukturen kaputtgespart, meine Damen und Herren. Das wollen wir so nicht hinnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Obwohl Sie, Herr Minister Stamp, nicht müde werden, zu betonen, wie wichtig Ihnen die soziale Beratung sei, bangen nun viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um ihren Job. Ich kann mich daran erinnern, dass das letzte Jahr und das Jahr davor genauso war.

So ist zum Beispiel die Diakonie Paderborn-Höxter e. V. seit vielen Jahren mit großem Engagement und erfahrenem Personal in der sozialen Beratung für Geflüchtete tätig, unter anderem auch in dem Pilotprojekt Psychosoziale Erstberatung. Aufgrund nun zusätzlich anfallender Kosten in Höhe von etwa 67.000 Euro hat sich der Träger entscheiden müssen, seine Asylverfahrensberatung in Bad Driburg und Borgentreich zu schließen.

Auch bei der Diakonie Ruhr-Hellweg e. V. steigen die benötigten Eigenmittel bei der Beratung drastisch auf mittlerweile fast 140.000 Euro.

Besonders dramatisch ist auch die Situation der Diakonie in Leverkusen. Sie muss allein für die Finanzierung von zwei Beratungsstellen über 33.000 Euro an Eigenmitteln aufbringen.

All diese genannten Träger leisten hochqualifizierte und engagierte Beratungsarbeit, die sich immer wieder und gerade auch in Krisenzeiten bewährt hat. Es ist absolut nicht hinnehmbar und ein fatales Signal, dass gerade diese Strukturen ausgerechnet jetzt, in einer Pandemiesituation, so leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister Stamp, ich habe Sie immer wieder, auch in der letzten Ausschusssitzung, aufgefordert, hier schnell gemeinsam mit den Akteuren eine tragfähige Lösung zu finden und dafür zu sorgen, dass die soziale Beratung von Geflüchteten qualitativ und flächendeckend weiterhin gewährleistet bleibt. Bisher ist in dieser Hinsicht aber nichts passiert. Ich hoffe dennoch – ich will die Hoffnung nicht aufgeben –, dass Sie dieses Problem zeitnah angehen werden. Wir können es uns nicht erlauben, dass diese Strukturen kaputtgespart werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Abschluss möchte ich auf einen weiteren Punkt eingehen. Sie haben Ihr Versprechen, die Kommunen zu unterstützen und die FlüAG-Pauschale angemessen anzupassen, immer noch nicht eingelöst. Auch daran haben wir Grüne Sie immer wieder erinnert. Diese 110 Millionen Euro sind in der Tat wirklich nur ein Zuckerchen und werden absolut nicht den tatsächlichen Bedürfnissen in den Kommunen gerecht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Aber darauf werden wir am Freitag noch ausführlicher zu sprechen kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Lenzen für die Fraktion der FDP das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die NRW-Koalition aus FDP und CDU setzt mit diesem Haushalt ihren Kurs fort, die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Wir verdoppeln zum Beispiel die Mittel für das Kommunale Integrationsmanagement von 25 auf 50 Millionen Euro.

Frau Kollegin Lux, Sie haben gesagt, Sie hätten das eingeführt. Das Landesmodellprogramm „Einwanderung gestalten NRW“ war ein guter Ansatz, an dem zwölf Modellkommunen beteiligt waren. Sie haben dies jetzt mit einem landesweiten, flächendeckenden kommunalen Integrationsmanagement gleichgesetzt,

(Zuruf von Eva Lux [SPD])

das in allen Kreisen und kreisfreien Städten gilt. Wir sorgen aber nicht nur für eine flächendeckende Einführung, sondern greifen aus diesen Modellprojekten auch das Beste heraus. Auf diese Weise sichern wir die Integrationsstrukturen ab. Außerdem vernetzen wir die Ämter und Behörden vor Ort miteinander. Insofern kann ich nur sagen: Sie hatten da eine gute Idee, und wir machen es jetzt richtig.

(Eva Lux [SPD]: Ach Gott!)

Wir richten mit der Förderung zusätzliche Stellen zum Beispiel im rechtskreisübergreifenden Fallmanagement ein, wo es darum geht, Geflüchtete, aber auch andere Zugewanderte zu erreichen und individuell zu betreuen.

Darüber hinaus – das ist ganz wichtig – stärken wir die Ausländerbehörden nicht nur in der Zusammenarbeit mit den Zentralen Ausländerbehörden in Sachen „Abschiebung“, sondern sehen sie auch als Einbürgerungsbehörden an. Wir wollen auch – beim Thema „Integration und Flüchtlinge“ gibt es immer zwei Seiten einer Medaille – Perspektiven schaffen.

So sollen bestehende Bleiberechte gut integrierter Menschen gestärkt werden. Insofern schaffen wir zukunftsfeste Infrastrukturen für die Integration in den Kommunen.

Wir setzen die Förderung der Integrationsarbeit in unveränderter Höhe fort, etwa bei den Integrationsagenturen, KOMM-AN NRW, der Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement sowie den Migranten selbstorganisationen.

Zudem schaffen wir mit zusätzlichen Mitteln die Einrichtung einer Meldestelle #Antisemitismus als neuer niedrigschwelliger Struktur, die nicht nur antisemitische, sondern auch antiziganistische, muslimfeindliche und allgemein rassistische Vorfälle erfassen soll. Das ist ein weiterer Baustein hin zu einer umfassenden Antidiskriminierungsstrategie des Landes.

Für die Koalitionsfraktionen ist die interkulturelle Öffnung der Altenpflege ein wichtiges Anliegen. Wir haben das Ganze auch mit Teilen der Opposition in einem gemeinsamen Antrag vorangebracht. So stehen im kommenden Haushalt 3 Millionen Euro zur Verfügung, um entsprechende Modellprojekte in diesem Bereich zu fördern und zu schauen, wie wir zielgerichtete Angebote kultursensibler Beratungsteams für ältere Migrantinnen und Migranten entwickeln, auf deren spezifische Bedürfnisse eingehen und deren Lebensleistung auch würdigen können.

Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte weiter fördern. So haben wir mit der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung eine entsprechend kompetente Anlaufstelle geschaffen. Von den 25 vorgesehenen Stellen sind bereits 19 besetzt. Damit werden die Arbeitgeber besser beraten, wenn es darum geht, die Visaerteilung für einreisewillige Fachkräfte zu beschleunigen.

Genauso setzen wir auch unseren Asyl-Stufenplan weiter um – mit entsprechender Erstattung für die Zentralen Ausländerbehörden und der Finanzierung von Projekten zur freiwilligen Rückkehr.

Einwanderung von Fachkräften, Chancen für gut integrierte Menschen und konsequentes Vorgehen gegen Gefährder, Straftäter und Integrationsunwillige gehören für uns Freie Demokraten zusammen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hinsichtlich der Anpassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sehen wir für 2021, wie bereits erwähnt, zusätzliche Mittel in Höhe von 110 Millionen Euro im Haushalt vor. Wir wollen eine tragfähige Lösung gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg bringen. Am Freitag werden wir hier ja noch über die Ausgestaltung sprechen und debattieren.

Zum Schluss noch einige Worte zur Diskussion um die soziale Beratung von Flüchtlingen: Wir erhöhen

die entsprechenden Mittel. Das hat zumindest die Kollegin Aymaz von den Grünen erkannt. Bei der Kollegin Lux hieß es, da gebe es keine Mittelerrhöhung. Aber die Grünen haben uns zumindest rechnerisch bestätigt, dass wir hier sehr wohl effektiv die Mittel um 5 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro erhöhen.

Wir vereinfachen die Antragsverfahren und ermöglichen eine zweijährige Förderung.

Wichtig ist auch – das wurde von Teilen der Opposition eben lobend erwähnt –, dass wir trotz rückläufiger Zahlen bei den Asylbewerbern im Bereich der Psychosozialen Erstberatung in den Landesaufnahmeeinrichtungen 26 neue hochwertige Stellen schaffen, um gerade für traumatisierte Geflüchtete ein Angebot vorzuhalten.

Mit den neuen Fördersätzen – das ist der NRW-Koalition und unserem Integrations- und Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp wichtig – wollen wir klare Kriterien hinsichtlich der Qualifikation schaffen. Wir haben erstmalig Qualifikationsstandards fest vorgegeben und wollen mit entsprechender Vergütung im Vergleich zum TV-L auch für Transparenz und Berechenbarkeit in der Förderung sorgen. Das kann natürlich im Einzelfall dazu führen, dass sich eine Förderung im Verhältnis zu den bisher gezahlten Sätzen reduziert.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Genauso wie in den anderen Fällen können diese Fördersätze aber auch gezahlte Vergütungen übersteigen.

Insgesamt halten wir fest: Wir sorgen für eine angemessene Vergütung und wollen Qualität absichern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die Fraktion der AfD hat nun Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir benötigen dringend einen Wechsel weg von der Willkommens- und Spurwechsel-Struktur für Asylbewerber hin zu einer Politik mit gesicherten Grenzen und kontrollierter Zuwanderung qualifizierter Kräfte sowie einer Verabschiedungskultur für Ausreisepflichtige und Gefährder.

Im Haushaltsjahr 2021 sollen sich die Ausgaben im Bereich der Integrationspolitik weiter erhöhen. Vorgesehen ist eine Steigerung um 6,3 % auf 1,5 Milliarden Euro. Gerade einmal 5 % davon sind vom MKFFI für Rückführungsmaßnahmen kalkuliert.

Das ist erkennbar ungenügend vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der ausreisepflichtigen Personen mit über 74.000 – davon fast 65.000 mit einer Duldung – auf einem neuen Allzeithoch befindet. Damit liegt NRW mit 26,9 bzw. 28,2 % weit über dem Königsteiner Schlüssel. Das heißt: Wir haben einen dringenden Nachholbedarf.

Bis zum Stichtag 30. September wurden aus NRW 2.066 Rückführungen bzw. Dublin-Rückstellungen in diesem Jahr vollzogen. Das mag im Vergleich zu anderen Bundesländern sogar viel gewesen sein. Vor dem Hintergrund, dass jeder fünfte Ausreisepflichtige aus den Balkanstaaten stammt, ist das aber eindeutig zu wenig.

Hier drängt sich eine verstärkte Unterstützung von Rückkehrprojekten zur Förderung der freiwilligen Ausreise doch geradezu auf. Aber genau an dieser Stelle plant die Landesregierung Einsparungen in Höhe von 5 Millionen Euro und schiebt diese und weitere 5 Millionen Euro in die soziale Beratung.

Machen Sie die jungen Menschen endlich fit für eine Rückkehr in ihre Heimat! Orientieren Sie sich doch dabei beispielsweise an bestehenden Programmen des Bundes wie „Perspektive Heimat“ oder „Rückkehr in Würde“.

Versagt hat die Landesregierung, versagt hat auch Minister Stamp komplett in der Frage der Abschiebung von Gefährdern. So hat sich die Zahl der islamistischen Gefährder und der relevanten Personen in NRW seit 2010 auf 375 Personen regelrecht vervielfacht – bei gerade einmal sechs Abschiebungen in diesem Jahr.

Jeder zweite Antrag im Bereich „Integration“ kam im Jahr 2020 übrigens von der AfD. Als einzige Fraktion hat sich die AfD dabei intensiv um den Bereich der qualifizierten Zuwanderung gekümmert. Nur die AfD steht für eine konsequente Trennung von Schutz auf Zeit und qualifizierter Zuwanderung auf Dauer.

Deshalb fordern wir eine konsequente Umsetzung der EU-Freizügigkeitsrichtlinie ohne Seitentüren und eine deutliche Verbesserung bei der Sprachförderung qualifizierter Zuwanderer.

Anstatt den Fokus aber hierauf zu legen, freut sich Minister Stamp in den sozialen Medien darüber, dass 50 Millionen Euro für die Arbeitsmarktintegration von Ausreisepflichtigen und Gestatteten zur Verfügung gestellt werden.

Auch wenn es um die zusätzliche freiwillige Aufnahme zum Beispiel aus Moria geht, ist Herr Stamp an vorderster Front dabei.

Die Landesregierung setzt damit komplett falsche Prioritäten. Ausgewogenheit misst sich in Zahlen und nicht in Lippenbekenntnissen.

Im Gegensatz zu Ihnen plädieren wir dafür, Hochqualifizierte nach NRW zu lotsen, insbesondere in

den MINT- und Pflegeberufen. Das wäre wertvoller als teure Imagekampagnen im Rahmen von #IchDuWirNRW, einer Kampagne ganz ohne Kosten-Nutzen-Rechnung, also auch ohne greifbaren Erfolg.

Wie schon in den letzten Jahren kam die weit überwiegende Zahl der Änderungsanträge von der AfD. Im Wesentlichen geht es uns neben den Einsparungen bei freiwilligen Leistungen um die Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden. Diese müssen die Kommunen bei der Rückführung von Ausreisepflichtigen noch mehr und proaktiv unterstützen und sollten federführend zusätzliche Aufgaben übernehmen. Dafür sollten die Zentralen Ausländerbehörden 50 Millionen Euro mehr erhalten.

Neben allgemeinen Beratungsleistungen denken wir zum Beispiel an die Übernahme der Aufgabe der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Bochum. Fast 15 Millionen Euro jährlich gibt die Landesregierung derzeit für die Erstregistrierung von aktuell maximal 20 bis 30 Personen am Tag aus. Diese Aufgabe könnten die bestehenden fünf ZABs locker mit übernehmen.

Mit Blick auf die immensen Kosten bei der Bewältigung der Pandemie muss man doch irgendwann auch einmal an die Ausgaben denken, insbesondere an die Regelausgaben. Denn die Pandemie wird uns sicherlich noch ein paar Monate begleiten.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am letzten Freitag waren wieder einige merkwürdig konstruierte Zahlen im Umlauf. Es lohnt sich aber nicht, darauf einzugehen, weil das dann wieder isoliert bei YouTube abgespielt wird. Deswegen spare ich es mir, auf den Beitrag einzugehen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte mich, wie ich es schon getan habe, auch an dieser Stelle bei den regierungstragenden Fraktionen sowie bei der Opposition für die konstruktive Arbeit im Ausschuss bedanken. Ich glaube, dass wir dort sehr vernünftig miteinander verhandelt haben. Das war dem Thema angemessen.

Nordrhein-Westfalen muss weiter Vorreiter und Motor in der Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland sein. Dafür steht diese Landesregie-

rung, und das bildet dieser Haushalt erneut ab. Auch im Haushaltsjahr 2021 setzen wir unsere auf Verlässlichkeit und Verbindlichkeit fußende Integrationspolitik konsequent fort.

Wir stärken die Kommunen und die Zivilgesellschaft. Wir rücken die Vermittlung der Werte unserer freiheitlichen Demokratie in den Mittelpunkt der Integrationspolitik. Wir fördern diejenigen Zuwanderinnen und Zuwanderer, die bisher nur eingeschränkt Zugang zu Integrationsleistungen haben. Wir werben für mehr Einbürgerungen und beschleunigen Einbürgerungsverfahren. Wir bekämpfen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Wichtig ist uns auch, die Lebensleistung der ersten Generation von Menschen, die zu uns gekommen sind, zu würdigen.

Eines unserer Kernanliegen ist die flächendeckende Einführung eines kommunalen Integrationsmanagements. Frau Kollegin Lux, das ist mitnichten einfach nur eine Fortschreibung von „Einwanderung gestalten“, sondern es ist eine Weiterentwicklung; denn das geht über den Kreis derjenigen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, hinaus. Es geht um ein echtes Case-Management, das in der Art und Weise, wie wir es entwickeln und auf den Weg bringen, in der Bundesrepublik Deutschland einzigartig ist.

Ich freue mich, dass Nordrhein-Westfalen Vorreiter für eine gelungene Verzahnung von Migration und Integration ist. Ich glaube, viele Bundesländer würden und werden uns auf dieser Strecke gerne folgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gemeinsam mit den Kommunen bauen wir eine effiziente und rechtskreisübergreifende Integrationspolitik auf, die das bürokratische Ämter- und Kästchendenken überwindet und Verwaltungshandeln aus einer Hand ermöglicht. Das ist kein kleiner, sondern ein außerordentlich großer Schritt nach vorne.

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Integration in Qualifizierung, Ausbildung und Arbeit von jungen Geflüchteten im Alter von 18 bis 27 Jahren. Denn – das darf ich mir hier erlauben zu sagen – es geht nicht nur um den Status, es geht hier vor allem um Menschen, und es geht um die Chancen dieser Menschen. Hierfür stellen wir im Rahmen der Initiative „Gemeinsam klappt's“ 4 Millionen Euro bereit.

Für die Migrationspolitik stellen wir genauso wie für die Integrationspolitik auch im nächsten Jahr mehr Geld zur Verfügung. Für beide Bereiche ist es insgesamt ein Plus von mehr als 90 Millionen Euro.

Mit der neuen Zentralstelle für Fachkräfteeinwanderung in Bonn unterstützen wir Unternehmen bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland und stärken so die heimische Wirtschaft.

Wir werden die Ausgaben für die Kommunen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erhöhen. Frau Kollegin Aymaz hat schon angekündigt, dass wir uns

darüber am Freitag noch einmal unterhalten werden. Wir sind mit den kommunalen Spitzenverbänden kurz vor dem Abschluss. Ich bin sehr froh über die konstruktiven Gespräche, die gerade in der letzten Zeit stattgefunden haben und sich jetzt auf der Zielgeraden befinden. Die Höhe der Zuschüsse kann zwar noch nicht genau beziffert werden, aber selbstverständlich haben wir im Haushalt für höhere Flüchtlingspauschalen und mehr Geld für Geduldete die haushaltsmäßige Vorsorge getroffen, so wie sich das gehört.

Trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen haben wir die Ausgaben für die Landeseinrichtung für Flüchtlinge nicht in gleichem Maße gesenkt, weil wir wegen der Pandemie derzeit maximal zwei Drittel unserer Platzkapazität auslasten. Zudem wird ein umfassendes Infektionsschutz- und Ausbruchsmangement umgesetzt.

Wir verstärken die soziale Beratung von Flüchtlingen, insbesondere durch die Einführung einer psychosozialen Erstberatung in den Landeseinrichtungen mit zusätzlichen 5 Millionen Euro. Denn wir wollen die zu uns geflohenen Menschen nicht nur unterbringen und mit dem Lebensnotwendigen versorgen, sondern wir wollen gerade nach dem, was sie überwiegend durchgemacht haben, auch für ihre seelische Gesundheit sorgen.

Auch in der Migrations- und Integrationspolitik sehen wir den einzelnen Menschen mit seinen individuellen Bedürfnissen, Wünschen und Potenzialen. Auch hier wollen wir Chancen ermöglichen, dass die Menschen ihr Leben in die eigene Hand nehmen und einen Teil zu unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft beitragen können. Dafür gehen wir diesen Weg als Chancenministerium weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Dr. Stamp. – Dann rufe ich jetzt den Einzelplan 08 auf. Ist das richtig?

(Zuruf: Abstimmen!)

– Ja, abstimmen müssen wir auch noch. Das stimmt, sonst wird es nichts mit dem Haushalt.

(Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Was?)

Dann wollen wir das tun. Wir waren beim Abschnitt b, Flüchtlinge und Integration. Die Aussprache wurde eröffnet und ist geschlossen. Der Minister hat gesprochen.

Wir können also abstimmen. Wer stimmt diesem Teil des Haushalts zu? – Ich höre gerade, es gibt noch Änderungsanträge. Über die stimmen wir auch noch ab. Entschuldigen Sie bitte, ich habe gerade den Vorsitz übernommen. Zunächst stimmen wir also über

die Änderungsanträge ab. Mir liegen drei Änderungsanträge und der Einzelplan vor. So gehen wir vor.

Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der AfD Drucksache 17/11951 ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, SPD und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das sehen wir nicht. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11951** mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Stimmen der AfD **abgelehnt**.

Zweitens rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11952 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Nämliches Ergebnis: die AfD. Wer stimmt dagegen? – Wiederum alle anderen vier Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Dann ist ebenso entschieden wie beim Antrag vorher. Der **Änderungsantrag Drucksache 17/11952** ist mit den Stimmen aller Fraktionen außer den Stimmen der AfD-Fraktion **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/11953 ab. Wer stimmt dem zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Sehen wir nicht. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11953** gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir über den Einzelplan 07 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/11907, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 07 selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 07 zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Einzelplan 07 in zweiter Lesung** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Jetzt rufe ich auf:

Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Ich darf auf den Bericht und die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11908, auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksachen 17/11930 und 17/11931 sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11954 hinweisen.

Unter dem Einzelplan 08 rufe ich zunächst auf:

a) Kommunales

Ich eröffne die Aussprache. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Kämmerling das Wort. Bitte schön.

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Ich hoffe, Herr Dr. Stamp läuft noch nicht weg. Für ihn habe ich noch etwas vorbereitet.

Von dem geschätzten Kollegen Dennis Maelzer habe ich eben gehört, dass Sie, Herr Minister, die Frage gestellt haben, ob ich etwas gegen eine Erstattung von Kita-Gebühren hätte, wenn Kinder mit Corona ausfallen. Ich weiß gar nicht, was ich damit zu tun habe und ob ich mich dazu schon einmal geäußert habe. Wir haben aber einen guten Rettungsschirm. Den haben wir alle zusammen beschlossen. Wenn Sie und Herr Dr. Maelzer zusammen einen Arbeitskreis gründen, in dem beraten wird, wie wir das gemeinsam hinbekommen, dann laden Sie mich gerne ein. Dann komme ich und mache mit. Dann kriegen wir das zusammen hin. Das sage ich Ihnen zu.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt zum Einzelplan: Ich fange einmal – das können wir im Jahr 2020 nicht anders – mit dem Kommunalabgabengesetz an. Sie halten am verunglückten Versuch, die Straßenausbaubeiträge zu retten, fest. Anstatt die bürokratischen und ungerechten Beiträge abzuschaffen, wird mehr Bürokratie geschaffen, die mehr Steuergeld verschlingt. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag war schlecht, es bleibt schlecht, und es wird noch schlechter. Das hat Gründe.

Sie haben einen neuen § 8 KAG geschaffen. Dadurch werden die Bürgerinnen und Bürger um 50 % entlastet. Das ist gut. Aber die Kommunen werden jetzt mehr belastet. Das ist schlecht. Die Kommunen müssen nun auch noch Förderanträge stellen und nachhalten. Sie müssen teure Konzepte von Fachbüros erstellen lassen.

Die Menschen draußen und ich sagen Ihnen: Schaffen Sie den Quatsch ab! Legen Sie 65 Millionen Euro drauf, damit ist das Problem vom Tisch.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Das miserable Kosten-Nutzen-Verhältnis wird dann geheilt, und unter dem Strich spart die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch noch Geld.

Bleiben Sie stur, meine Damen und Herren, machen wir mit dem Thema eben weiter und weiter und weiter und weiter.

(Henning Höne [FDP]: Milchmädchenrechnung!)